

# Freie Nachrichten Regensburg

Ausgabe  
Aug./Sept. 08

## Nein zum Moschee-Bau in Regensburg!

### Arabisch-Islamischer Kulturverein wünscht sich Moschee neben Dom. Wunschdenken oder vielleicht doch bald Wirklichkeit?

Die Islamisierung in Deutschland breitet sich immer mehr aus. Dies spürt nun auch verstärkt Regensburg. So plant lt. einem Bericht des Regensburger Wochenblattes vom 11. Juni 2008 der Arabisch-Islamische Kulturverein Regensburg eine neue Moschee in der Alten Straubinger Straße bei der Zuckerfabrik.



Wilfried Hein© www.pixello.de

Am liebsten würde der Arabisch-Islamische Verein seine Moschee in der Nähe des Doms hinstellen, mit Minaretten und Muezzin-Ruf. Dies verlautete Vorstandsmitglied Mohammed Allawi in einem Interview für das Wochenblatt. Dieses Anliegen scheint zum Glück aber mangels Geld nicht realisierbar zu sein. Aber bereits die Äußerung nach einem Moscheebau in der Nähe des Regensburger Wahrzeichens ist eine Provokation für diejenigen, die eine Islamisierung unseres Landes nicht tatenlos hinnehmen wollen.

Forderung nach Großmoschee beim Dom mit Muezzin-Ruf.

**Hat der Arabisch-Islamische Verein Kontakt zu gefährlichen Islamisten?**  
Laut einem Bericht des Wochenblattes vom 11. Juni 2008 stand der Verein zeitweise unter massiver Beobachtung mehrerer Geheimdienste. Grund war die Mitgliedschaft des Tunesiers Mouldi Ch. Ihm konnten mehrere Kontakte zu hochrangigen Mitgliedern von Osama bin Ladens Al Kaida-Terrornetzwerk nachgewiesen werden.

### **Doch: Widerstand formiert sich**

Durch den geplanten Moscheebau in der Alten Straubinger Straße droht Regensburg ein Zentrum für radikale Islamisten aus ganz Süddeutschland zu werden. Dies gilt es zu verhindern. Auf die Unterstützung der Verantwortlichen der Stadt Regensburg kann man dabei nicht hoffen. So gibt sich der zuständige Amtsleiter Maximilian Raab in einem Interview für das Wochenblatt besonders „tolerant“.

Außerdem scheint man bei den Regensburger Politikern an einer großangelegten öffentlichen Diskussion über den Moschee-Bau nicht besonders interessiert zu sein. Denn bereits seit Oktober 2007 wird über das Ansinnen des Arabisch-Islamischen Vereins verhandelt. Aber warum wurde die Öffentlichkeit nicht früher informiert? Hatte Oberbürgermeister Schaidinger und die regierende CSU Angst, dass kurz vor der Kommunalwahl einige Anhänger ihrer Partei abgeschreckt reagieren könnten, wenn man den Moscheebau positiv gegenübersteht?

Nach Bekanntwerden der Moscheebauabsichten in der Alten Straubinger Straße formiert sich nun aber der Bürgerprotest. So wurde am 6. Juli 2008 die

### Nachrichten wider den politischen Zeitgeist.

Wir berichten objektiv über das politische Geschehen in der Stadt und im Landkreis Regensburg und setzen uns für eine deutsche Zukunft in unserer schönen Heimat ein.

### National statt vom Kapital gekauft.

### Garantiert politisch unkorrekt!



Quelle: Sebastian Ceslik© www.pixello.de

### Impressum:

Herausgeber: Willi Wiener  
V.i.s.d.P. Willi Wiener,  
Lerchenhaube 11, 93086 Wörth  
a. d. Donau  
Druck im Eigendruck  
Namentlich oder mit Kennzeichen signierte Beiträge verantwortet der Verfasser  
Freie Nachrichten Regensburg ist kein gewerblicher Geschäftsbetrieb.

Kontakt:  
info@freie-nachrichten-regensburg.de  
www.freie-nachrichten-regensburg.de

Weitere informative Netzseiten:  
www.un-nachrichten.de  
www.an-r.de  
www.rechtes-regensburg.net

## NEIN ZUM BAU DER MOSCHEE

### in der Alten Straubinger Straße in Regensburg!

- Bürgerbegehren -

gemäß § 18 a der Bayerischen Gemeindeordnung

Die Unterzeichnenden beantragen, dass folgende Angelegenheit der Stadt Regensburg zum Bürgerentscheid gestellt wird:

### Lehnen Sie den Bau einer Moschee in der Alten Straubinger Straße in Regensburg ab?

#### Bitte ausfüllen und einsenden an:

Willi Wiener, Postfach 10 01 14, 93001 Regensburg

**Begründung:**  
Der Arabisch-Islamische Kulturverein Regensburg plant auf einem Grundstück mit 180 Quadratmeter Fläche den Bau einer Moschee mit Versammlungsräumen. Bei den Arabisch-Islamischen Kulturverein handelt es sich nicht um eine harmlose Gruppierung, sondern um radikale Islamisten, die zeitweise unter massiver Beobachtung von verschiedenen Geheimdiensten standen. Beim Bau einer solchen Moschee muss damit gerechnet werden, dass Regensburg zum Zentrum radikaler Islamisten aus ganz Süddeutschland wird.

Name	Vorname	Straße	P.L.Z., Wohnort	Geburtsdatum (Angabe freiwillig)	Datum/Unterschrift	Infos zusenden
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Sollten Teile des Begehrens unzulässig sein oder sich erledigen, so gilt meine Unterschrift weiterhin für die verbleibenden Teile.  
Ihre Anschrift wird bei der Bürgerinitiative „Stopp den Moscheebau – Gegen die Islamisierung und Überfremdung von Regensburg“ gespeichert, falls Sie das „Optionfeld Infos“ zusetzen ankreuzen. Sie können die Anschrift jederzeit wieder löschen lassen.  
Berechtigt, die Unterzeichnenden zu vertreten ist Willi Wiener, Lerchenhaube 11, 93086 Wörth a. d. Donau.



Bürgerinitiative „ Stoppt den Moscheebau – Gegen die Islamisierung und Überfremdung von Regensburg“ gegründet.

Das Ziel dieser Bürgerinitiative ist es, mit einer Unterschriftenaktion den Bau der Moschee zu verhindern.

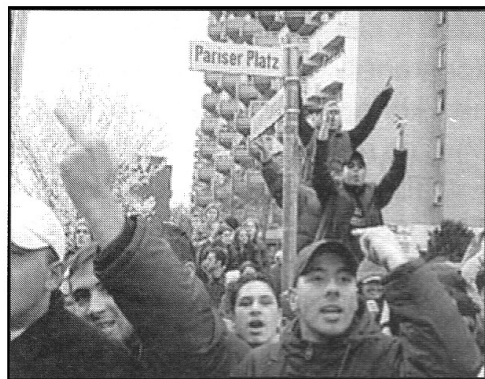
Die Gruppierung ruft alle Regensburger Bürgerinnen und Bürger auf, sich bei der geplanten Unterschriftenaktion gegen den Moscheebau zu beteiligen.

Nähere Infos zur Unterschriftenaktion „Nein zum Moscheebau in Regensburg – Schluss mit Islamisierung und Überfremdung“ finden Sie auf der Rückseite. Bitte helfen Sie mit Ihrer Unterschrift mit, dass Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen.

### Steht Deutschland ein multiethnischer Krieg bevor?

Jahrzehntelang versuchten uns die Propagandisten der multikulturellen Träumereien in den etablierten Parteien, sowie Vertreter von Medien und sonstigen „wichtigen“ gesellschaftlichen Gruppierungen wie Kirchen und Gewerkschaften einzureden, wie „wunderbar“ ein multikulturelles Deutschland doch sei. Die Wirklichkeit sieht aber leider ganz anders aus.

Laut einer jüngsten Studie des US-Geheimdienstes CIA droht uns in wenigen Jahren in weiten Teilen Deutschlands ein multiethnischer Krieg. So werden lt. CIA bis spätestens 2020 in weiten Teilen des Ruhrgebietes, einigen Stadtteilen der



Keinen Bock auf Integration:  
Ausländerunruhen auf deutschen  
Straßen

Hauptstadt Berlin, sowie im Rhein-Main-Gebiet und einigen Teilen Stuttgarts massive ethnische Unruhen ausbrechen und diese Gebiete unregierbar werden. Grund für diese möglichen Unruhen seien massive Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille der Zuwanderer. Laut Studie des amerikanischen Geheimdienstes werde in den nächsten Jahren die Kriminalität der unbeschäftigten Kinder der Zuwanderer massiv steigen. Die steigenden Sozialausgaben für die Migranten werden nicht ausreichen, um diese Bevölkerungsgruppe ruhig zu stellen.

### Ausländergewalt nimmt dramatische Ausmaße an.

Ist die CIA-Studie nur ein aufgebauschtes Schreckensszenario? Leider nein, die Vorboten dieser negativen Entwicklung sehen wir bereits heute. Erinnert sei dabei nur an die wochenlangen Unruhen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Frankreich vom Herbst 2005 und vor einigen Monaten in den Niederlanden und Dänemark.

Aber auch die Entwicklung in Deutschland ist sehr besorgniserregend. Die Ausländergewalt nimmt dramatisch zu. Als Beispiel nur zwei Fälle von vielen. So wurde am 20. Dezember vergangenen Jahres ein über 70 Jahre alter deutscher Rentner in einer Münchner U-Bahn-Station von zwei ausländischen Jugendlichen angegriffen und schwer verletzt. Dabei handelte es sich um eine klare rassistische Attacke, weil die beiden Gewalttäter ihr Opfer als „Scheiß Deutscher“ beschimpften. Am 4. April dieses Jahres wurde dann als bisher trauriger Höhepunkt dieser Gewaltorgie gegen Deutsche im nordrhein-westfälischen Stollberg ein 19-jähriger Anhänger der NPD von einer Ausländerbande niedergestochen. Der junge Mann starb an den Folgen dieser Messerattacke.

### Regensburg bleibt von Ausländerkriminalität nicht verschont.

Gott sei Dank ist die Lage in Regensburg noch nicht so schlimm wie in manch anderen deutschen Großstädten, z.B. Berlin, Köln, Frankfurt, München. Aber auch in Regensburg ist Ausländerkriminalität ein Thema. Auch in Regensburg kennen deutsche Jugendliche die

Problematik, dass sie von ausländischen Altersgenossen in der Schule oder in der Diskothek beschimpft, bedroht oder tödlich angegriffen werden.

### BRD-Justiz und etablierte Politiker verharmlosen die Ausländergewalt

Obwohl die Ausländergewalt stetig zunimmt, beschwichtigen die herrschenden Politiker und die deutsche Justiz die Lage. So erklärte der NRW-Integrationsminister Laschet (CDU) er glaube, dass wir heute wesentlich weiter sind als vor 15 Jahren“. Tja, da hat Herr Laschet nicht mal unrecht, die Ausländerkriminalität ist heute wesentlich schlimmer als vor 15 Jahren. Auch die Justiz zeigt sich gegenüber gewalttätigen Ausländern sehr tolerant. So wurden Angehörige einer Kölner Ausländerbande lediglich zu Sozialstunden verurteilt, obwohl sie einen Deutschen ins Koma schlugen. Man stelle sich nur den Fall vor, das Opfer wäre ein Ausländer und die Täter wären Deutsche gewesen. Ob es dann auch so ein mildes Urteil gegeben hätte? Wohl kaum.

Von den regierenden Parteien ist keine Rettung zu erwarten, ganz im Gegenteil, sie wollen den multikulturellen Wahnsinn sogar noch weiter vorantreiben.

### CSU-Politiker Neumeyer wünscht sich mehr Moslems in seiner Partei

So erklärte der Abensberger Landtagsabgeordnete Neumeyer gegenüber dem Wochenblatt in einem Interview vom 12. Dezember 2007 wörtlich: „ Noch in diesem Jahrhundert wird es 50 Prozent Christen und 50 Prozent Muslime in Deutschland geben.“ Neumeyer weiter: „Für die CSU müsse klar sein, dass wir mittelfristig keine Wahl mehr gewinnen können, wenn wir die Muslime nicht ansprechen.“ Für ihren eigenen Machterhalt sind solche angeblichen Christsozialen wie Neumeyer bedenkenlos bereit, dass christliche Abendland zu opfern.

### Es wird Zeit zum Handeln

Gerade weil Nationalisten keinen blutigen Krieg zwischen Deutschen und Ausländern wünschen, muss die weitere Überfremdung verhindert werden und eine Regelung zur humanen Rückführung der hier lebenden Ausländer in ihre Heimatländer gefunden werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn Deutschland ein

wirklich freies Land wird und kein tributpflichtiger Vasall der USA (Zitat Brzezinski ) bleibt. Außerdem müssten die heute regierenden BRD-Systemparteien und das kapitalistische System, die Hauptverantwortlichen der Überfremdung, ihre Macht verlieren. Da diese Ziele aber nur möglich sind, wenn die USA ihre Vormachtstellung einbüßen, sollten deutsche progressive Nationalisten Innen- und Außenpolitik getrennt betrachten. Innenpolitisch muss die Überfremdung und somit auch die Islamisierung bekämpft werden. Außenpolitisch dagegen sollten wir islamische Bewegungen, die den US-Imperialismus bekämpfen als Verbündete betrachten. Schon deshalb kann ein fortschrittlicher Nationalist kein Gegner des Islam oder ein Ausländerfeind sein.

### Millionen sind von Armut bedroht

Fast tagtäglich verkünden „unsere“ Kanzlerin Angela Merkel und die kapitalistischen und Amerikahörigen Massenmedien den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Seltsam nur, dass von dem „Aufschwungstrommelfeuer“ nur wenige Deutsche wirklich profitieren. Vom sog. wirtschaftlichen Aufschwung profitiert nur eine kleine Gruppe in der Bevölkerung.



Dem Großteil der Deutschen geht es dagegen immer schlechter. Dies belegt auch der neueste Armutsbericht. Demnach leben knapp 13 % der Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von 781 Euro im Monat. Weitere 13 Prozent können nur durch Sozialleistungen vor dem Absturz unter die Armutsschwelle bewahrt werden. Somit ist fast ein Viertel der Bevölkerung durch Armut bedroht. Eine erschreckende Zahl. Besonders skandalös ist auch, dass immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit in die Armut abrutschen, weil die Löhne immer weiter abgesenkt werden, die Lebenshaltungskosten dagegen aber immer mehr ansteigen.